

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Rechtsstaatlichkeit

Von der Leyen ruft zu sachlicher Debatte auf

Seite 3

IM FOKUS

Führungswechsel

Jörg Wojahn ist neuer Vertreter der EU-Kommission in Berlin

Seite 4

Brexit

EU verstärkt Vorbereitungen für ein No-Deal-Szenario

Seite 6

Die künftige Präsidentin, Ursula von der Leyen, hat den Klimaschutz, Digitales und Wirtschaftspolitik zu ihren Schwerpunkten erklärt.



RESSORTVERTEILUNG

Von der Leyen präsentiert ihre neue EU-Kommission

Die gewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 10. September ihr neues Kommissarskollegium vorgestellt. „Dieses Team muss für unsere Werte und für Standards höchster Qualität eintreten. Ich möchte eine Kommission, die mit Entschlossenheit geführt wird, die sich auf die akuten Probleme konzentriert und Antworten liefert“, sagte von der Leyen.

> Insgesamt gehören dem neuen Kollegium 14 Männer und 13 Frauen an. Von der Leyen hatte in ihrer Bewerbungsrede eine paritätisch besetzte Kommission versprochen. „Meine Erfahrung ist, dass sich mit steigendem Frauenanteil etablierte Diskussionsmuster ändern, es eine andere Art zu kommunizieren gibt“, hatte die neue Kommissionspräsidentin erklärt. Das Europäische Parlament muss das Personaltableau noch bestätigen, bevor die neue EU-Kommission voraussichtlich am 1. November ihre Arbeit beginnen kann.

Die bisherige Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager behält ihr Amt, sie rückt aber auf zur Exekutiv-Vizepräsidentin, die auch für das Zukunftsthema Digitales zuständig ist. Valdis Dombrovskis wird Exekutiv-Vizepräsident für „Eine

Wirtschaft im Dienste der Menschen“. Auch der bisherige Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, wird künftig als Exekutiv-Vizepräsident wirken. Er ist zuständig für den Green Deal und damit für die Klimapolitik, die von der Leyen im Juli in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament als Schwerpunkte ihrer Amtszeit benannt hatte. So soll bis 2030 der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid um 55 Prozent sinken, bis 2050 soll Europa der erste klimaneutrale Kontinent werden. „Wir werden den Klimawandel mutig angehen, unsere Partnerschaft mit den USA ausbauen, unsere Beziehungen zu einem selbstbewussteren China definieren und ein verlässlicher Nachbar sein, beispielsweise für die Länder Afrikas“, kündigte von der Leyen an und lobte die EU als Verfechter des Multilateralismus. >>

WELTRAUM-SATELLITENSYSTEM

Galileo erreicht eine Milliarde Handynutzer

Das europäische Satellitennavigationsystem erreicht seit September erstmals eine Milliarde Smartphone-Nutzer weltweit. „Dies wurde ermöglicht durch eine wahrhaft europäische Anstrengung“, sagte die zuständige EU-Kommissarin Elżbieta Bieńkowska.

Seit Dezember 2016 bietet Galileo Dienste an, die den Alltag der Bürger und Unternehmen durch genaue Ortungs-, Navigations- und Zeitsignale verbessern. Es dient z.B. weltweit dem Empfang von Handynutzern. Hinzu kommt für neuere Pkw in Europa das Notrufdienst E-Call-System. Bisher wurden für das europäische System 26 Satelliten ins All gebracht, vier weitere sollen folgen.

Galileo erreicht 1 Mrd Smartphones

>> Als neuer EU-Außenbeauftragter wird der frühere spanische Außenminister Josep Borrell die bisherige Amtsinhaberin Federica Mogherini ablösen.

Neuer Bereich der Verteidigungsindustrie

Im neuen Kollegium soll es erstmals eine Generaldirektion für Verteidigungsindustrie geben. Sie fällt in den Zuständigkeitsbereich der künftigen Binnenmarktkommissarin Sylvie Goulard aus Frankreich. Der bisherige Agrarkommissar Phil Hogan aus Irland soll die Handelspolitik übernehmen. Zu seinen Aufgaben gehört auch ein Abkommen über die künftigen Handelsbeziehungen zu Großbritannien, falls das Land wie geplant die EU verlässt. „Der Brexit ist nicht das Ende von irgendetwas, sondern der Beginn einer neuen Partnerschaft“, stellte die gewählte Kommissionspräsidentin klar.

Für Währung und Wirtschaft soll der frühere italienische Regierungschef Paolo Gentiloni als Kommissar die Verantwortung übernehmen.

Amtsantritt am 1. November

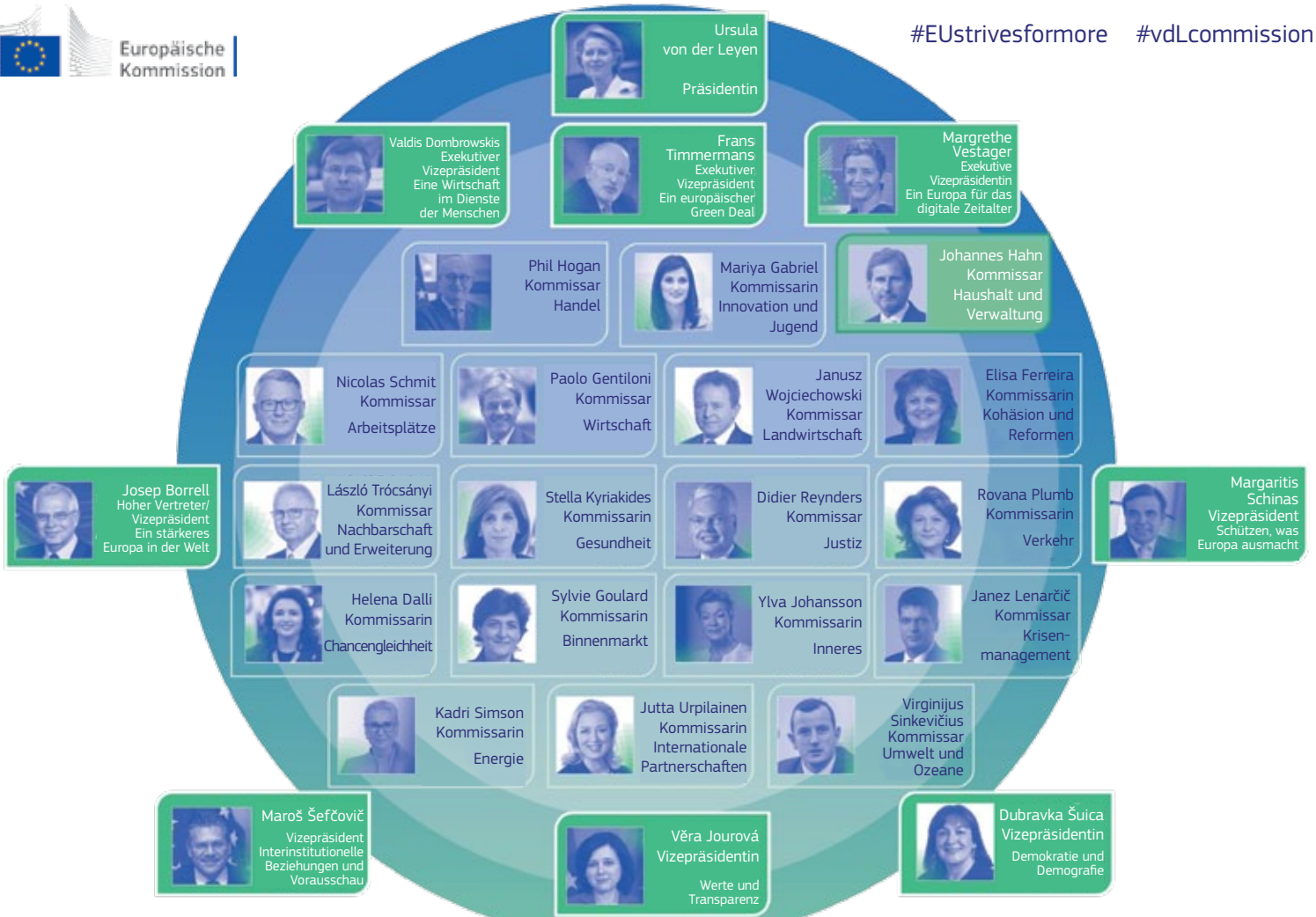
Von der Leyen war am 16. Juli vom Europäischen Parlament mit 383 zu 374 Stimmen zur ersten Frau an der Spitze der EU-Kommission gewählt worden. Bevor sie und ihr Team am 1. November ihr Amt antreten können, müssen sich die nominierten EU-Kommissare vom 30. September bis 8. Oktober in Anhörungen Fragen der Europaabgeordneten stellen. Das Europäische Parlament muss dann dem Kollegium als Ganzem zustimmen.

Von der Leyen sagte den vollen Einsatz der Kommission für Rechtsstaatlichkeit und einen neuen Rechtsstaatsmechanismus zu. In ihren 20-seitigen Leitlinien erklärte sie ferner die Flüchtlings- und die Wirtschaftspolitik zu ihren Schwerpunkten. „Ich sehe die kommenden fünf Jahre als Chance für Europa – um zu Hause über sich hinauszuwachsen und damit eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen“, erklärte die gewählte Kommissionspräsidentin. (pr) >|

Das neue Team



#EUstrivesformore #vdLcommission



Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

RECHTSSTAATLICHKEITSVERFAHREN

Ursula von der Leyen warnt vor Überheblichkeit im Umgang mit östlichen Mitgliedstaaten

Credit © European Union, 2019

In der Debatte über die Unabhängigkeit der Justiz in einzelnen Mitgliedstaaten hat die gewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum respektvollen Umgang mit den osteuropäischen EU-Ländern aufgerufen. „Dies sind die gemeinsamen Werte, die wir in der EU teilen: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, die Würde jedes Einzelnen“, sagte von der Leyen bei einem Besuch in Polen. Zuvor hatte von der Leyen erklärt, „in den mittel- und osteuropäischen Ländern herrscht bei vielen das Gefühl, nicht voll akzeptiert zu sein. Wenn wir die Debatten so scharf führen, wie wir sie führen, trägt das auch dazu bei, dass Länder und Völker glauben, sie seien im Ganzen gemeint, wenn einzelne Defizite kritisiert werden.“ Ihr sei es „wichtig, die Debatte zu versachlichen“, so die künftige Kommissionspräsidentin.

Die scheidende EU-Kommission hatte gegen Polen und Ungarn wegen Eingriffen in die Unabhängigkeit der Justiz ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge gestartet. Das Europäische Parlament hatte Ungarn Defizite in der Demokratie bescheinigt. Rumänien hatte erst auf Druck der EU-Kommission seine Justizreform gestoppt. Künftig will die EU-Kommission einen neuen Weg gehen und die Überprüfung der Unabhängigkeit der Justiz auf alle EU-Länder ausweiten. Für alle Mitgliedstaaten soll dann ein jährlicher Rechtsstaatsbericht vorgelegt werden.

■ *Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit*

ONLINE-HANDEL

EU leitet Verfahren gegen Amazon ein

Die EU-Kommission hat gegen den US-Konzern Amazon ein Wettbewerbsverfahren gestartet. „Ich habe beschlossen, die Geschäftspraktiken von Amazon und seine doppelte Funktion als Verkaufsplattform und Einzelhändler unter die Lupe zu nehmen, um die Einhaltung der EU-Wettbewerbsregeln zu prüfen“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Konkret geht es um Amazons doppelte Rolle als Marktplatz und Anbieter. Das Unternehmen erhält so wettbewerbsensible Daten von Drittanbietern wie Preis, Art der Waren und die auf der Plattform getätigten Transaktionen.

Die EU-Kommission will nun untersuchen, ob Amazon diese Daten zum eigenen Vorteil nutzt, etwa um als eigenständiger Anbieter die Preise anderer Unternehmen zu unterbieten. Für die Untersuchung gibt es keine Frist. Sollte die EU-Wettbewerbsbehörde ein illegales Verhalten feststellen, kann sie Strafen in Milliardenhöhe verhängen.

■ *Kartellrechtliche Untersuchung gegen Amazon eingeleitet*

EUROBAROMETER-UMFRAGE

Vertrauen in die Europäische Union steigt

Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union ist so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Nach dem jüngsten Eurobarometer sehen 55 Prozent der Befragten die Europäische Union positiv, das sind 11 Prozentpunkte mehr als 2014. Besonders hoch ist das Vertrauen in die EU in Litauen (72 Prozent), Dänemark (68 Prozent) und Estland (60 Prozent). Am niedrigsten ist das Vertrauen in Großbritannien (29 Prozent). Deutschland (48 Prozent) liegt im Mittelfeld.

Zu den wichtigsten Themen, die Menschen in der EU beschäftigen, zählen Migration mit 34 Prozent (minus 6 Punkte im Vergleich zum Herbst 2018), Klimaschutz mit 22 Prozent (plus 6 Punkte) und die wirtschaftliche Lage mit 18 Prozent (unverändert). Als größte Errungenschaft der EU gilt die Freizügigkeit: EU-weit sehen 73 Prozent das grenzenlose Reisen als herausragenden Verdienst der EU an.

■ *Höchste Zustimmungswerte zur EU seit fünf Jahren*

ERDERWÄRMUNG

EU bereitet sich auf New Yorker Klimagipfel vor

Mit Blick auf den UN-Klimagipfel in New York am 23. September hat die Europäische Kommission das Engagement der EU für mehr Klimaschutz und zum Erreichen des Pariser Klimaabkommens bekräftigt. „Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich zum ersten Mal alle Parteien verpflichtet, die Emissionen zu reduzieren. Nun ist es an uns, dafür zu sorgen, dass dies rechtzeitig erfolgt, um bei der Klimakrise das Schlimmste zu verhindern“, erklärte Maroš Šefčovič, Vize-Präsident der EU-Kommission in Brüssel.

Die EU hat als erste große Volkswirtschaft einen rechtsverbindlichen Rahmen geschaffen, um ihre Zusagen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von 2016 umzusetzen. Die gewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Kampf gegen die Erderwärmung zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit erklärt. Unter anderem soll die EU bis 2050 als erste große Volkswirtschaft klimaneutral werden. Aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass 93 Prozent der Menschen in Europa den Klimawandel als „schwerwiegendes Problem“ erachten.

■ *Die EU und der New Yorker Klimagipfel*

FÜHRUNGSWECHSEL

Jörg Wojahn ist neuer Vertreter der EU-Kommission in Deutschland

Der Jurist und EU-Diplomat Jörg Wojahn, 48, leitet seit 1. September die Kommissionsvertretung in Berlin. „Unser gemeinsames Europa funktioniert nur, wenn wir nicht nur auf uns selbst schauen, sondern die Interessen und Sorgen aller im Blick behalten. Für dieses Verständnis möchte ich werben“, sagte Wojahn zum Amtsantritt in Berlin und ergänzte: „Das Gefühl der Selbstverständlichkeit ist die größte Gefahr für die EU. Dabei ist Frieden und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ländern und Menschen über Grenzen hinweg etwas ganz Besonderes. Die Welt beneidet Europa darum. Ich kämpfe dafür, dass das so bleibt.“

> Wojahn ist in München aufgewachsen, er studierte in Passau sowie im spanischen Santiago de Compostela Jura und wurde in Kiel mit einer völkerrechtlichen Arbeit promoviert. Nach dem Referendariat beim Landgericht Baden-Baden wandte er sich dem Journalismus zu und arbeitete als EU- und Nato-Korrespondent der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“.

Wojahn hatte seine Laufbahn bei der EU-Kommission im Jahr 2004 als Sprecher des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (Olaf) begonnen. Im Jahr 2010 wechselte er an die EU-Delegation für Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Kuwait, Katar und Bahrain in Riad, wo er als Botschaftsrat für handelspolitische Fragen zuständig war. Im September 2015 übernahm er die Leitung der EU-Vertretung in Österreich.



„Die EU ist zuallererst eine Rechtsgemeinschaft“, bekannte Wojahn zu seinem Abschied aus Wien. Dort folgt ihm der deutsche Jurist Martin Selmayr als Vertreter der EU-Kommission nach.

Der bisherige Leiter der Berliner Vertretung, Richard Kühnel, leitet nun das Direktorat „Repräsentation und Kommunikation in den Mitgliedstaaten“ in der Generaldirektion Kommunikation in Brüssel. „Europäische Politik kann nur mit der Unterstützung durch alle Mitgliedstaaten der EU, insbesondere aber ihrer Bürgerinnen und Bürger gelingen“, sagte Kühnel zum Ende seines fünfjährigen Wirkens in Berlin. „Dabei brauchen die Brüsseler Institutionen enge Partner auf der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene.“

Die Europäische Kommission unterhält Vertretungen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie Regionalbüros in neun weiteren Städten, darunter München und Bonn. Die Vertretungen sind Auge, Ohr und Stimme der Kommission in den Mitgliedstaaten. Seit 2014 werden die Vertreter vom Präsidenten der EU-Kommission ernannt und als dessen politische Repräsentanten in die Mitgliedstaaten entsandt. >|



Jörg Wojahn und das Team der Berliner Kommissionsvertretung

NITRAT-RICHTLINIE

Bund und Länder müssen mehr zum Schutz des Trinkwassers tun

EU-Umweltkommissar Karmenu Vella dringt auf Umsetzung der Düngemittel-Verordnung. Noch im September will die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission in Brüssel ihre endgültigen Pläne zur Umsetzung der Nitrat-Richtlinie vorlegen. Das versicherten Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) Ende August EU-Umweltkommissar Karmenu Vella bei einem Treffen in Brüssel. Vella dringt mit Blick auf die Trinkwasserqualität vor allem darauf, „rote Gebiete“ für besonders mit Nitrat belastete Regionen auszuweisen, sowie auf strengere Vorgaben für Hangflächen in Gewässernähe und eine Ausweitung der dortigen Randflächen.



© Shutterstock

> Auf entsprechende Maßnahmen hatten sich die beiden Bundesministerinnen im Vorfeld des Treffens verständigt. Doch soll der entsprechende Gesetzgebungsprozess in Deutschland erst im März 2020 abgeschlossen sein. Der Europäische Gerichtshof hatte Deutschland wegen der schleppenden Umsetzung der EU-Richtlinie im Juni 2018 verurteilt und Strafzahlungen angedroht.

Konstruktive Gespräche

Als „konstruktiv“ wertete Umweltkommissar Vella das Gespräch mit Klöckner und Schulze. Die EU-Kommission stellte aber auch fest, dass Deutschland die Nitrat-Richtlinie „weiter verletze“. Im Juli hatte Vella deshalb ein zweites Mahnverfahren eingeleitet und Deutschland eine letzte Frist von zwei Monaten gesetzt, die Ende September ausläuft. Klöckner und Schulze stellten nun ein strengeres Vorgehen in Aussicht. Dies umfasst unter anderem:

- > Verlängerung der Sperrfristen für das Aufbringen von Düngemitteln und Festmist in besonders belasteten Gebieten,
- > Aufzeichnungspflichten über tatsächlich eingesetzte Düngemittel,
- > besondere Vorschriften für die Düngung von Hanglagen ab einer Neigung von bereits fünf Prozent.

Umweltkommissar Vella dringt vor allem darauf, die roten Gebiete für mit Nitrat-belastete Regionen auszuweisen. Agrarministerin Klöckner stellte klar, dass auf die Bauern „ganz große Anstrengungen“ zukämen. Umweltministerin Schulze erklärte:

„Wir sind auf dem richtigen Weg, den wir mit den Ländern vereinbart haben.“ Aus den Bundesländern kam Selbstkritik. „Vieles von dem, was wir heute Brüssel zugestehen, was wir ändern wollen, hätte natürlich schon viel länger passieren müssen“, sagte Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD).

Auch der Grünen-Europaabgeordnete Martin Häusling unterstützte Vellas Vorgehen: „Die EU-Kommission kritisiert zu Recht, dass keine verlässlichen Gutachten und kein Gesetzentwurf vorliegt, sowie noch nicht in allen Bundesländern rote Zonen der am höchsten belastete Regionen ausgewiesen sind.“ Karsten Specht, Vizepräsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), in dem auch die Trinkwasserversorger organisiert sind, forderte „die Einführung eines deutschlandweit transparenten Düngesystems mit digitaler Datenübermittlung“.

Das jetzt eingeleitete Verfahren bezieht sich nicht auf die 2017 in Kraft getretene novellierte Düngemittelverordnung, sondern die Regelung aus dem Jahr 2006. Der Verstoß liege darin, dass Deutschland im Jahr 2014 keine „zusätzlichen Maßnahmen oder verstärkte Aktionen“ zum Trinkwasserschutz eingeleitet habe, stellte der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom Juni 2018 fest. Die Umsetzung der EU-Bestimmungen in Deutschland ist auch deshalb schwierig, weil das Umweltministerium für den Schutz des Wassers und des Bodens zuständig ist, während dem Agrarministerium die Düngemittel-Regelung obliegt. (pr) >|

■ Deutschland zur Umsetzung von EuGH-Urteil gemahnt

Deutschland hat ein strengeres Vorgehen im Umgang mit Düngemitteln in Aussicht gestellt.

Belastung für das Trinkwasser

Nach Angaben der EU-Kommission überschritten zwischen 2012 und 2015 ca. 28 Prozent der Messstationen in Deutschland den Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat je Liter. Laut Umweltbundesamt verursacht die Reinigung des Trinkwassers von Nitraten Kosten von 580 Mio. Euro. Die Umsetzung der EU-Richtlinie kostet laut EU-Kommission nur einen „Bruchteil“ davon, nämlich 11,7 Mio. Euro.

BREXIT

EU-Kommission bereitet sich auf alle Eventualitäten vor

Mit Blick auf die innenpolitischen Ereignisse in Großbritannien verstärkt die EU-Kommission die Vorbereitungen für einen harten Brexit. So stehen unter anderem der Europäische Solidaritätsfonds und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zur Verfügung, um die Folgen eines harten Brexit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie für Firmen in der EU abzufedern. „Ein No-Deal-Szenario zum 1. November 2019 bleibt ein mögliches, wenn auch nicht wünschenswertes Ergebnis“, so die EU-Kommission in Brüssel.



Der irische Premierminister Leo Varadkar (links im Bild) kritisiert, London habe bisher keine „realistische“ Lösung für die Grenze zu Nordirland vorgelegt

> Der britische Regierungschef Boris Johnson hatte nach einer Reihe von Abstimmungsniederlagen das Londoner Unterhaus am 9. September in eine verlängerte Zwangspause bis zum 14. Oktober geschickt. Zuvor hatten mehr als 20 Abgeordnete seiner Partei die Tory-Fraktion verlassen und mit der Opposition dafür gestimmt, bei der EU eine verlängerte Frist für den Brexit bis zum 31. Januar 2019 zu erbitten, sollte der Premier keine Einigung über die Abschiedsmodalitäten für einen Austritt zum 31. Oktober erreicht haben. Johnson lehnt einen weiteren Aufschub ab. Lieber liege er „tot im Graben“ als um eine weitere Brexit-Verlängerung zu bitten, hatte der Premier erklärt. Den Aufschub müssten alle 27 weiteren EU-Staaten billigen.

Gedämpfte Hoffnungen

Johnson wünscht vor allem eine Änderung der Backstop-Regelung, die Grenzkontrollen zwischen der Republik Irland und der zum Vereinigten Königreich gehörenden Region Nordirland vermeiden soll, indem das Vereinigte Königreich in einer Zollunion mit der EU verbleibt, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist. Bei seinem Antrittsbesuch in Irland konnte der britische Premier aber keine realistische Alternative für den Backstop vorlegen. Seitens der EU-Kommission hieß es dazu: „Wir sind bereit, konstruktiv mit dem Premier zusammenzuarbeiten und uns alle konkreten Vorschläge anzu-

sehen, die er vorbringen mag, solange sie mit dem Austrittsabkommen vereinbar sind.“ Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen am 17. und 18. Oktober zu einem Gipfel in Brüssel zusammen. Doch werden die Erwartungen an mögliche Nachverhandlungen zum vereinbarten Brexit-Abkommen gedämpft.

„Die Annahme, dass in nur wenigen Tagen ein Vorschlag gemacht, verhandelt, vom Gipfel unterstützt sowie vom Europaparlament und dem britischen Parlament ratifiziert werden könnte, scheint eine eher heldenhafte Annahme, um es vorsichtig auszudrücken“, hieß es aus EU-Kreisen in Brüssel. So sieht Frankreichs Regierung eine weitere Fristverlängerung skeptisch. Die Briten hätten Alternativlösungen angekündigt, „wir haben sie nicht gesehen“, sagte der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian. Ähnlich äußerten sich die Niederlande.

EU „grundsätzlich kompromissbereit“

„Es kommt ein Punkt, an dem die Gewissheit, schlechter dran zu sein, besser sein kann als die anhaltende Unsicherheit ohne neue Aussichten“, sagte die niederländische Außenhandelsministerin Sigrid Kaag. Die EU-Kommission betonte dennoch ihre grundsätzliche Kompromissbereitschaft. Ein vom Unterhaus gewünschter Aufschub des Austritts sei grundsätzlich „denkbar“, wenn ein triftiger Grund vorliege, erklärte eine Kommissionssprecherin in Brüssel.

Bei einem britischen EU-Austritt ohne Vertrag würde das Vereinigte Königreich unmittelbar ohne Übergangsfrist zu einem Drittland. Dann wären mit dem britischen Abschied aus der EU auch alle europarechtlichen Regelungen hinfällig. Doch sicherte die britische Regierung zu, vorübergehend an der Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger im Vereinigten Königreich festzuhalten. So soll es Bürgerinnen und Bürgern aus der EU sowie aus Norwegen und der Schweiz bis Ende 2020 möglich sein, mit ihren Familien nach Großbritannien zu ziehen und einen vorläufigen Aufenthaltsstatus (Temporary Leave to Remain) zu beantragen, der für drei Jahre gültig ist. „Das wird Unternehmen und Mitarbeitern Sicherheit geben“, teilte das britische Innenministerium mit. (pr) >|

■ Brexit-Preparedness

Der Zeitplan

- 12. September:** Der Brexit-Unterhändler der EU, Michel Barnier, unterrichtet die Spitzen des Europäischen Parlaments über den aktuellen Stand der Entwicklungen.
- 14. Oktober:** Das britische Parlament wird durch Königin Elizabeth II. wiedereröffnet.
- 17. und 18. Oktober:** EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs.
- 19. Oktober:** Die vom Unterhaus gesetzte Frist im Gesetz gegen den No-Deal-Brexit läuft aus. Laut Parlamentsbeschluss muss der britische Premierminister eine Verschiebung des Brexits bei der EU beantragen, sollte keine gültige Austrittsregelung vereinbart sein.
- 31. Oktober:** Die von den Staats- und Regierungschefs gewährte Frist zum Verbleib Großbritanniens in der EU endet.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 16.09.2019 19.00–21.00 Uhr	„Es begann in... Danzig? Leipzig? Prag? Wie Menschen und Ideen die Mauer zu Fall brachten“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	buch bund Sanderstraße 8 12047 Berlin	www.europatermine.de
> 19.09.2019 18.30–20.30 Uhr	„Abgründe des Antieuropäismus“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Rathaus Dortmund Friedensplatz 1 44135 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/abgruende-antieuro-paeismus/
> 21.09.2019 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Obermayr Europa-Schule Berliner Straße 150 65205 Wiesbaden	www.aufindiewelt.de/messen/21092019-wiesbaden/
> 21.09.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi – Die JugendBildungsmesse in Osnabrück“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser – Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Gymnasium „In der Wüste“ Kromschroderstraße 33 49080 Osnabrück	https://weltweiser.de/messen/osnabrueck-schueleraustausch-ausland/?l=L1&ri=0
> 23.09.2019 10.00–22.00 Uhr	„FUTUREwork“ Convention und Festival Veranstalter: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	EUREF-Campus 13 10829 Berlin	www.futurework.online/futurework-2019.html
> 24.09.2019 18.30 Uhr	„Viele Sprachen – Ein Europa!“ Podiumsdiskussion anlässlich des Europäischen Tages der Sprachen Veranstalter: EUNIC Berlin, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin,	https://artecom.regasus.de/online/Anmeldung-Sprachentag-Podiumsdiskussion.do
> 25.09.2019 18.30–20.30 Uhr	„Gründerstaaten im Sog des Populismus. Frankreich, Italien und das Regieren in der Europäischen Union“ Vortrag Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Europe Direct in der Auslandsgesellschaft.de e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/populismus-frankreich-italien-europaeische-union/
> 26.09.2019 10.00 Uhr	„Bildung in Demokratie und Diktatur – Bilanz und Perspektiven 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution“ XXIII. Theodor-Litt-Symposium Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.	Zeitgeschichtliches Forum Leipzig Grimmaische Straße 6 04109 Leipzig	www.europatermine.de
> 26.09.2019 19.00–20.30 Uhr	„Die Schweiz – kleine große Schwester Deutschlands im Herzen Europas?“ Vortrag Veranstalter: VHS Köln	VHS-Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 35 50667 Köln	https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Die+Schweiz+%E2%80%93+kleine+gro%C3%9F+Schwester+Deutschlands+im+Herzen+Europas%3F/cmx5c-c6a527902e3.html
> 28.09.2019 17.00–18.30 Uhr	„Salon – Wie klingt Europa?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Konzerthaus Dortmund Brückstraße 21 44135 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/salon-klingt-europa/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

ERASMUS-AUSTAUSCHPROGRAMM FÜR KÜNSTLER

Dritte Ausschreibungsrunde angelaufen

Das Pilotprojekt i-Portunus ist in seine dritte und letzte Ausschreibung in diesem Jahr gestartet. i-Portunus unterstützt Künstler, die in einem anderen Land für einen Zeitraum von 15 bis 85 Tagen arbeiten. Für die erste und zweite Ausschreibung gingen zusammen mehr als 2.300 Bewerbungen ein. Insgesamt wurden bisher 253 Künstler oder Kulturschaffende ausgewählt und gefördert.



© Shutterstock

Das Pilotprojekt fördert mit insgesamt 1 Mio. Euro die internationale Mobilität von darstellenden und bildenden Künstlern. Die Kommission wird im nächsten Jahr weitere 1,5 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

■ [Zur Website von i-Portunus](#)

DIGITALISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS

EU-Kommission sucht eHealth-Experten

Bis zum 27. September 2019 können sich eHealth-Experten um die Teilnahme an der Interessengruppe zur digitalen Transformation der Gesundheitsversorgung bei der EU-Kommission bewerben. Die Experten sollen bis 2020 helfen, die digitale Transformation von Gesundheit und Pflege im digitalen Binnenmarkt umzusetzen. Die Kommission hat dazu einen neuen Aufruf zur Interessenbekundung veröffentlicht.



© Shutterstock

Die eHealth-Experten sollen Beiträge zu verschiedenen Aspekten der digitalen Transformation der Gesundheitsversorgung in der EU liefern, beispielsweise in den Bereichen Gesundheitsdaten und grenzüberschreitender Zugang zu diesen Daten, zu künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen sowie zu Cybersicherheit, Datenschutz und Privatsphäre.

■ [Zum Aufruf der EU-Kommission](#)

WEBSITE DES EUROPÄISCHEN VERBRAUCHERZENTRUMS HILFT

Reiserechte im Ausland selbst durchsetzen

Wenn bei einer Auslandsreise etwas schiefläuft, zum Beispiel der Flug storniert wurde, die Bahn Verspätung hatte oder das Gepäck beschädigt wurde, können Reisende bestimmte Ansprüche geltend machen. Bei einer Flugstornierung wäre das z. B. eine Entschädigung von mindestens 250 Euro pro Fluggast. Häufig kennen Betroffene aber ihre Rechte nicht bzw. wissen nicht, wie sie diese einfordern können. Die Internetseite selbsthilfe.evz.de des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) Deutschland hilft Reisenden, die mit Flugzeug, Bahn oder Fernbus unterwegs sind, bei Unregelmäßigkeiten ihre Rechte durchzusetzen. In mehreren Schritten werden alle wesentlichen Einzelheiten des Falles abgefragt und so die Rechtslage ermittelt. Das Ergebnis ist ein maßgeschneiderter Musterbrief zur Vorlage beim Flug-, Bus- oder Bahnunternehmen. Dieses Schreiben gibt es wahlweise auf Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch. Ein kurzes Video erklärt die Nutzung des Tools.

Wenn Reisende Ärger mit dem Mietwagen haben, z. B. weil die Kreditkarte wegen Schäden belastet wurde, die man nicht verursacht hat, bietet die Website eine Liste mit Antworten (FAQ) zu den häufigsten Problemen. Wer allein nicht zu seinem Recht kommt, kann sich kostenlos an das EVZ Deutschland wenden.

■ [Zur Website selbsthilfe.evz.de](http://selbsthilfe.evz.de)

ALTIERO-SPINELLI-PREIS

Wettbewerb um Wissen über die EU gestartet

Die Europäische Kommission hat den diesjährigen Wettbewerb um den „Altiero-Spinelli-Preis für Öffentlichkeitsarbeit“ gestartet. Damit werden seit 2017 Initiativen ausgezeichnet, die das Wissen über die Europäische Union verbessern. In diesem Jahr steht insbesondere das Engagement junger Menschen im Fokus. Für erfolgreiche Projekte winkt ein Preisgeld von 25.000 Euro. Eingereicht werden können Bewerbungen zu innovativen Bildungsprogrammen, Informations- und Kommunikationskampagnen über die EU, Kooperationsprojekten zur Förderung der Beteiligung junger Menschen am demokratischen Prozess sowie zu Aktivitäten, die es jungen Menschen ermöglichen, die Vorteile der EU zu nutzen.

Der Altiero-Spinelli-Preis wird in diesem Jahr an bis zu sechzehn Projekte vergeben. An dem Wettbewerb können EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in der EU teilnehmen. Die Bewerbungsfrist endet am 29. Oktober 2019 um 17.00 Uhr. Die Preisverleihung soll im Frühjahr 2020 stattfinden.

■ [Website zum Altiero-Spinelli-Preis](#)



© EVZ